

# WISA vorwärts für Sachsen-Anhalt

## Ein Herz für Laubenpieper

Die SPD will Vermessungspflicht für Gartenlauben abschaffen



© PeterGagstaedter/pixelio.de

**M**agdeburg. Gärten sind das älteste Kulturgut der Menschheit. Auch heute prägen sie mit der Kleingartenkultur das Gesicht unserer Städte und Gemeinden „Kleingärten sind unverzichtbarer Bestandteil kommunalen Lebens“, wie es der Deutsche Städtetag in seinen Leitlinien zur nachhaltigen Entwicklung des Kleingartenwesens feststellt.

Dabei hat sich die Rolle des Kleingartenwesens in den vergangenen Jahrzehnten erheblich gewandelt. Erfüllten Kleingärten früher vorrangig eine Versorgungsfunktion hat heute die Erholung und Gesunderhaltung erheblich an Bedeutung gewonnen. Insbesondere für junge Menschen ist der Kleingarten in erster Linie ein Erholungsort.

Heute stellt insbesondere die demografische Entwicklung das Kleingartenwesen vor große Probleme. So ist damit zu rechnen, dass die Anzahl der Kleingärten in Sachsen-Anhalt von derzeit 116.000 auf ca. 85.000 im Jahr 2020 sinken wird. Die SPD-Landtagsfraktion hatte daher zu einem Werkstattgespräch nach Magdeburg eingeladen. Thema war die zukunftsfähige Entwicklung des Kleingartenwesens in Sachsen-Anhalt.

Gekommen waren neben über 100 Gartenfreunden Dietmar Kuck, Präsident des Landesverbandes der Gartenfreunde Sachsen-Anhalt e.V., Jürgen Leindecker, Landesgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt, und Michael Wolf, Oberbürgermeister der Stadt Altenburg. Sie erläuterten nicht nur die Situation des Kleingartenwesens in Sachsen-Anhalt, sie betonten auch, dass viele Kommunen in Zusammenarbeit mit den Kleingartenverbänden Kleingartenentwicklungskonzeptionen erstellen. Darin müsse regional der langfristige Bedarf ermittelt und die Entwicklung des Kleingartenwesens koordiniert werden.

Die Gartenfreunde verwiesen in diesem Zusammenhang auf unnötige bürokratische Hürden. Herr Kuck vom Landesverband der Gartenfreunde berichtete, dass in den Vereinen

der Wille zur Anpassung und den nachhaltigen Umbau des Kleingartenwesens vorhanden sei. Derzeit übernehmen viele Kleingärtner die Pflege nicht mehr genutzter Parzellen. Dies sei jedoch mit einem zeitlichen und finanziellen Aufwand verbunden. Ein Rückbau sei unbedingt erforderlich, wobei mit Kosten von ca. 3.000 bis 4.000 Euro je Parzelle zu rechnen ist. Hier würde es sich anbieten Arbeitsförderungsmaßnahmen einzubinden. Wichtig sei zudem, dass für nicht mehr bewirtschaftete Parzellen von den Verbänden keine Pacht verlangt werde. Hier sollte auch entsprechend auf die Kommunalaufsicht eingewirkt werden, damit Kommunen in der Haushaltskonsolidierung nicht dazu gezwungen sind.

Ein besonderes Ärgernis seien zudem die regelmäßigen Gebühren für die Vermessung von Lauben. Diese werden bei erheblichen baulichen Veränderungen an Kleingartenlauben sowie bei der Neuerrichtung von Gartenlauben fällig, da derzeit eine gesetzliche Regelung eine Pflicht zur Vermessung der Lauben besteht. „Das ist absolut unnötig“, erklärte Katrin Budde, SPD-Landesvorsitzende und Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion. „Bei Umbauten trifft das regelmäßig den Kleingartenverein. Das ist aus unserer Sicht eine Überregulierung.“

Budde stellte dazu ein entsprechendes Gesetzesvorhaben vor. „Wir wollen das Vermessungs- und Geoinformationsgesetz Sachsen-Anhalt (VermGeoG LSA) ändern und die Vermessungspflicht einfach aufheben“, erklärte die Fraktionschefin. Danach soll die bislang kostenpflichtige Vermessung in Zukunft entfallen, wenn in Kleingärten Lauben baulich verändert werden oder Kleingärtner eine neue Laube errichten. Wichtig sei, so André Schröder, Fraktionsvorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, dass in dem Gesetzesvorhaben eine Klarstellung des Gebäudebegriffs vorgenommen werde. „Die Klarstellung des Gebäudebegriffs im Gesetz eröffnet die Chance, unnötige Kosten von den Gartenfreunden abzuwenden“, so Schröder.

Die Koalition will dabei auch die Besonderheiten der neuen Bundesländer berücksichtigen. „Unser Entwurf sieht vor, dass auch die Lauben über 24 m<sup>2</sup>, für die Bestandsschutz besteht, von der Regelung profitieren“, so Budde. „Die absurde Diskussion wie bei den Rundfunkgebühren, wo die ostdeutschen Lauben benachteiligt werden sollten, braucht kein Mensch noch einmal.“

### INFO

#### In § 14 wird Absatz 3 VermGeoG LSA wie folgt neu angefügt:

„(3) Für Bauten nach § 3 Absatz 2 des Bundeskleingartengesetzes sowie nach § 20a Nrn. 7 und 8 des Bundeskleingartengesetzes diesen gleichgestellte Bauten ist in Kleingartenanlagen eine Vermessung und Gebäudeeinmessung nicht erforderlich.“



Liebe Genossinnen und Genossen,

die letzten Wochen und Monate haben uns politisch ziemlich in Atem gehalten. Vom Fiskalpakt und dem Hickhack ums Betreuungsgeld auf Bundesebene über die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen bis hin zu den Diskussionen um FAG, Kinderbetreuung und Gemeinschaftsschule in Sachsen-Anhalt blicken wir auf eine ereignisreiche und für die Sozialdemokratie ziemlich erfolgreiche Zeit zurück. Wir sind wirklich schon schlechter in die Sommerpause gegangen.

Vor uns liegt ein Sommer, der für Jede und Jeden hoffentlich ein wenig Zeit zur Entspannung bietet, der aber politisch einen altbekannten Schrecken bereithält: das Sommerloch. Mangels politischer Betriebsamkeit in der Ferienzeit bringt dieses geheimnisvolle Gebilde jedes Jahr aufs Neue die seltsamsten Kinder hervor, die mit ernsthafter Politik meist nur am Rande zu tun haben. Sie helfen zwar, die sonst verwaisten Seiten der Zeitungen zu füllen, erbaulich sind sie aber nicht.

Die größte Chance, als Thema herzuhalten, hat zweifellos die schwarz-gelbe Bundesregierung. Allein ihre Immernoch-Existenz an sich ist ein dankbares Thema für jede erdenkliche Schlagzeile. Doch völlig sicher kann sich auch die SPD nicht sein, kann doch jede unbedachte Äußerung aus dem Nichts die K-Frage auf die Agenda setzen. Helfen würde uns das sicher nicht. Behalten wir also einen kühlen Kopf und lassen die Anderen das Sommerloch füllen. Ich wünsche Euch eine gute Erholung!

Eure

Katrin Budde

## Der Rote Faden

In Berlin erleben wir derzeit die Erosion der Macht. Der schleichende Zerfallsprozess der schwarz-gelben Koalition wird immer augenfälliger.

Neuester Höhepunkt der Regierungsunwilligkeit war die wegen Beschlussunfähigkeit des Bundestages verschobene Abstimmung über die Herdprämie. Von den 330 Parlamentariern der Union und FDP waren am Freitag der Sitzungswoche nur noch 204 anwesend. Der nötige Hammsprung erbrachte die Beschlussunfähigkeit und damit die Verschiebung der Abstimmung ins Septemberplenium.

Pikantes Detail am Rande: Auch Familienministerin Schröder glänzte durch Abwesenheit.

Ein Desaster auch für den Nachfolger von Peter Altmaier Unionsfraktionsgeschäftsführer Michael Grosse-Brömer, dessen Aufgabe es ist, die eigenen Reihen zusammenzuhalten.

Das Theater um das Betreuungsgeld wird uns also die gesamte Sommerpause begleiten. In den letzten Tagen überbieten sich FDP und CSU bereits wieder mit gegenseitigen Drohungen und Forderungen. Horst Seehofer von der CSU will gegen alle Vernunft und gegen den Willen der Bevölkerung seine Herdprämie durchsetzen.

Die dringend nötigen Investitionen in den Ausbau der Kindertagesstätten zur Sicherstellung des Rechtsanspruchs unterbleiben. Stattdessen überbieten sich von der Leyen, Schröder und Co mit unausgegorenen Forderungen zur Gewinnung von mehr Betreuungspersonal in den KiTas. Die, Röslers FDP sei Dank, arbeitssuchenden Frauen von Schlecker sollen „umgeschult“ werden. Wer so denkt, diskreditiert den Berufsstand der Erzieherinnen und Erzieher. Frühkindliche Bildung verlangt ein mehr an Qualifikation.

Das unwürdige Schauspiel der handlungsunfähigen Regierung werden wir jetzt noch bis zum nächsten September ertragen müssen. In der Zeit der Finanzkrise eine schlechte Vorstellung und gefährlich für uns alle.

Neuwahlen jetzt!

Oliver Draber  
-Landesgeschäftsführer-

### Impressum:

V.i.S.d.P.: Oliver Draber  
Redaktion: Dr. Falko Grube  
Gestaltung: Jörn Rößler  
Beiträge an:  
pressesprecher@spd-sachsen-anhalt.de  
Anschrift:  
SPD-Landesgeschäftsstelle -Redaktion  
WiSA-  
Bürgerstraße 1,  
39104 Magdeburg

## 100 Prozent Schirmer

Stendaler SPD läutet Landratswahlkampf mit großer Geschlossenheit ein



v.l.: Marko Mühlstein, Katrin Budde, Lars Schirmer, Waltraud Wolff

Stendal. Lars Schirmer ist die Freude anzusehen. Kein Wunder, denn mit überwältigender Zustimmung kann er als Kandidat des SPD-Kreisverbandes in den Landratswahlkampf im Landkreis Stendal ziehen. Der bereits im Vorfeld von vielen Ortsvereinen nominierte Finanz- und Wirtschaftsexperte wurde von allen 44 Delegierten gewählt – besser geht es nicht.

Mit dem Kandidaten freuten sich die SPD-Landesvorsitzende Katrin Budde und der Kreisvorsitzende Marko Mühl-

stein. „Hannelore Kraft hat gezeigt, wie man mit einer guten Kandidatin und sozialdemokratischen Themen Wahlen gewinnt“, sagte Budde in ihrem Grußwort. Mit Bildung, sozialer Gerechtigkeit und einem wahren Glaubensbekenntnis zu ihrem Bundesland Nordrhein-Westfalen habe sie es vielen Menschen leicht gemacht, in ihr die Landesmutter zu sehen. „Die Themen sind hier wie da die gleichen. Nun geben wir den Menschen im Landkreis Stendal mit Lars Schirmer noch den

Kandidaten, in dem die Menschen ihren Landrat sehen können.“

Auch Mühlstein lobte Landrat in spe. „Er ist der beste Kandidat. Mit seiner Erfahrung als Finanzexperte, langjähriger Stadtrat und Dozent der Stendaler Hochschule wird er endlich für die Zukunft eine klare Richtung vorgeben und den Landkreis aus seinem Dornröschenschlaf erwecken“, so der Kreisvorsitzende nach der Delegiertenkonferenz.

Lars Schirmer hat die wichtigsten Schwerpunkte seines Programms in der Resolution „Lust auf Zukunft“ zusammengefasst. Hier stehen besonders die aktive Wirtschaftsförderung, der familienfreundliche Landkreis und eine transparente und bürgerfreundliche Landkreisverwaltung im Vordergrund. Lars Schirmer: „Das sind für mich erste Orientierungspunkte. Ich möchte eigentlich die Zukunft des Landkreises gemeinsam mit den Menschen vor Ort besprechen und mit ihnen gemeinsam die Weichen stellen. Deshalb möchte ich mein Wahlprogramm mit den Akteuren vor Ort besprechen und kontinuierlich fortschreiben. Mein Ziel ist es, der Landrat aller Menschen in unserem schönen lebenswerten Landkreis zu werden.“ Die Landratswahl ist am 18. November 2012. Wir dürfen gespannt sein. ■

## Warum und wie eigentlich Netzpolitik?



© Rainer Sturm/pixelio.de

Seit der Jahrtausendwende hat sich das Internet radikal verändert und ist rasant gewachsen. Im Jahre 2011 nutzten 51 Millionen Deutsche das Internet. Noch 1999 waren es gerade einmal elf Millionen. Die Zahl dürfte weiter steigen. Je mehr Nutzer das Internet gewinnt, desto drängender werden auch die mit ihm verbundenen Probleme. Urheberrechtsverletzungen, Jugendschutz, Datenschutz und Sicherheit, immer wieder flammen diese Stichworte in der politischen und medialen Diskussion auf. Sonderlich nachhaltig oder konstruktiv sind die Ergebnisse der Diskurse selten. Es fehlt an Strategien den Herausforderungen des Internets zu begegnen. Zudem prallen im Umgang mit dem neuen Medium die unterschiedlichsten Interessen aufeinander. Es ist jedoch längst unumgänglich gewor-

den, einen für alle verträglichen Konsens zu finden. Netzpolitik ist dabei mehr, als der Ausbau von Infrastruktur oder der Schutz von Kindern und Urhebern. Im Kern dieses Politikfelds müssen vor allem folgende Fragen stehen: Welche Freiheiten und welche Einschränkungen will sich unsere Gesellschaft im Umgang mit diesem Medium einräumen? Welche Herausforderungen und Chancen werden im Laufe der Entwicklung des Internets auf sie zukommen? Und welche Positionen will die SPD dabei vertreten?

Die Antworten auf diese Fragen können weder von heute auf morgen, noch allein im stillen Kämmerlein gefunden werden. Die SPD Sachsen-Anhalt will deshalb in Zukunft das Gespräch und den Austausch mit den unterschiedlichsten Akteuren des Netzes, aber auch seinen Kritikern und Zweiflern suchen. Netzpolitik geht alle an, denn das Netz ist für alle da.

Über eine Mailingliste werden dann die einzelnen Veranstaltungen bekannt gegeben. Wenn ihr in den Verteiler aufgenommen werden wollt, schickt bitte eine Email an: lv.sachsen-anhalt@spd.de mit dem Betreff „Netzpolitik“. ■

## Termine

13. Juli 2012 – An diesem Tag wird im Ernst-Reuter-Haus Magdeburg die Gründungsveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt durchgeführt. Auf der Tagesordnung steht u.a. die Wahl des ersten Landesvorstandes.

20. Juli 2012 – Der OV Magdeburg-Stadtfeld, die AfA Magdeburg und Burkhard Lischka, MdB führen im Offnen Treff der AWO in Magdeburg eine Veranstaltung zum Thema Atom-, Solar-, Energiewende durch.

24. Juli 2012 – Das Kulturforum Sachsen-Anhalt e.V., die Friedrich-Ebert-Stiftung Sachsen-Anhalt und der SV Dessau-Roßlau führen an diesem Tag einen Festakt anlässlich des 150. Geburtstages von Heinrich Peus durch. Beginn ist 15.30 Uhr im Bauhaus Dessau.

## Mehr Demokratie in Europa?



© Petra Schmidt@pixelio.de

Ab dem 1. April können die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union mit der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) direkt in das politische Geschehen in Brüssel eingreifen. Durch die Initiative von mindestens einer Million Unionsbürgerinnen und -bürgern aus mindestens sieben Mitgliedstaaten kann die Europäische Kommission aufgefordert werden, einen Rechtsakt vorzuschlagen. „Mit der europäischen Bürgerinitiative kann europäische Politik lebendiger und bürgernäher werden“, erklärte Tilman Tögel, europapolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. „Auch

wenn die Hürden einer Beteiligung hoch erscheinen, lohnt es sich, bei wichtigen Themen aktiv zu werden. Ich bin gespannt, wann Bürgerinnen und Bürger zum ersten Mal die Möglichkeit nutzen, sich direkt in die parlamentarische Arbeit in Brüssel einzumischen.“

Der historische Akt war auch für den Fachausschuss Europa Anlass, gemeinsam mit der Europa-Union am 7. Juni ins Eine-Welt-Haus Magdeburg einzuladen. Gäste waren Sylvia-Yvonne Kaufmann, ehemalige Vizepräsidentin des Europäischen Parlamentes und Landesvorsitzende der Europa-Union Berlin, und Bernd Lange, Mitglied des Europaparlamentes aus Niedersachsen. Kaufmann betonte die Einzigartigkeit der Bürgerinitiative. „Damit befinden sich die Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf das Aufforderungsrecht auf Augenhöhe mit dem Europäischen Parlament und dem Rat der Europäischen Union.“ Zurzeit sind 6 verschiedene laufende Initiativen registriert, u.a. zum Thema Wahlrecht am Ort des

Wohnsitzes innerhalb der EU und zum Thema Wasser als öffentliches Gut. Bernd Lange reicht dies noch lange nicht aus. Er wünschte sich weitere Bürgerinitiativen, die sich auch auf wichtige soziale Themen, wie u.a. Mindestlöhne, richten und fand damit den Beifall der Anwesenden. Sie waren sich

einig, dass die Bürgerinitiative dazu beitragen kann, mehr direkte Beteiligung zu ermöglichen. „Nun kommt es darauf an das Instrument mit Leben zu erfüllen“, erklärte Victoria Schmid von der Europa-Union. „Das ist eine Aufgabe für alle überzeugten Europäerinnen und Europäer.“

## „Man muss alles denken was geht“

Gründung der „Ideenwerkstatt Altmark“ mit Franz Müntefering

Stendal. Die SPD in der Altmark gründete im Landratsamt mit über 60 Interessierten die „Ideenwerkstatt Altmark“. Eingeladen waren neben SPD-Mitgliedern vor allem Vereine, Organisationen und Bürger, die sich für die Region engagieren. Genau diese sollen künftig „kräftig in der Ideenwerkstatt mitmischen. Dabei soll es keine Denkverbote geben, schließlich wollen wir die besten Antworten für die Zukunft unserer Region finden.“ so Marko Mühlstein, SPD-Kreisvorsitzender. „Wir wollen nicht zuschauen, wie sich unsere Altmark verändert, sondern selbst die Zügel in die Hand nehmen um Impulse für die Entwicklung unserer Region zu geben.“ So war es kein Zufall, dass im Zuge der Veranstaltung vor allem die Themen Daseinsvorsorge, Lohnniveau, Energieversorgung, Bildungsabschlüsse und persönliche Patenschaften angesprochen wurden.

Höhepunkt der Gründungsveranstaltung war der Impulsvortrag der ehemaligen SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering, der seit 2009 die Arbeitsgruppe Demographie der SPD-Bundestagsfraktion leitet. Er ermutigte die Altmärker, die Ideenwerkstatt als Plattform zu nutzen, um Anregungen



der Menschen vor Ort aufzugreifen. Franz Müntefering: „Man muss alles denken was geht. Die Ideenwerkstatt kommt für die Region zum richtigen Zeitpunkt.“

Eindrucksvoll schilderte Carolin Kroh, eine junge Altmärkerin aus Neukirchen bei Seehausen warum sie und viele ihrer Freunde nach dem Studium gern in ihrer Heimat leben und arbeiten möchten. Die SPD-Ideenwerkstatt Altmark wird zukünftig an verschiedenen Orten der Altmark und der westlichen Prignitz anzutreffen sein. Ziel ist es, auch mit externem Sachverstand einen Forderungskatalog für die Kommunal- und Landespolitik aufzustellen. Dabei gab Franz Müntefering den Gründungsmitgliedern einen Rat mit den Weg: „Realismus ist besser als Verdrängung.“

## Immer am Ball



© Falko Haltenhof

Eggersdorf. Unter dem Motto: „SPD... immer am Ball!“ veranstalteten der SPD-Ortsverein in der Einheitsgemeinde Börderland, der SPD-Kreisverband Salzlandkreis und der TSV Blau/Weiß Eggersdorf am Pfingstsonntag ein Turnier für Fußball-Nachwuchsmannschaften auf dem Eggersdorfer Sportplatz. Gemeinsam mit den Sportfreunden des gastgebenden Vereins und mit vielen anderen Helfern und Unterstützern stand ein ganzer Tag voll Spiel, Spaß und guter Laune auf dem Programm. Gekommen waren 15 F-, E- und D-Jugendmannschaften, die sogar aus Babelsberg, Dessau oder Magdeburg angereist waren. Der sportliche Einsatz – egal ob als Erster oder Zweiter – wurde natürlich belohnt. Alle Kinder erhielten Erinnerungsmedaillen aus den Händen des Bundestagsabgeordneten Burkhard Lischka und der Landtagsabgeordneten Silke Schindler.

Die Erwachsenen hatten die Möglichkeit, ihre Kräfte bei einem Spiel einer SPD-Auswahl gegen ein Eggersdorfer All-Star-Team zu messen. Nachdem es nach der regulären Spielzeit 3:3 stand und noch kein Sieger ermittelt war, musste das Elfmeterschie-

ßen entscheiden. Die SPD hatte leider das Nachsehen. Sie nimmt es aber als Ansporn und Herausforderung, es beim nächsten Mal besser zu machen und auf Sieg zu spielen.

Neben dem sportlichen Vergleich gab es Infostände zu den Themen „Kinder stark machen“ und „Alkoholfrei Sport genießen“. Dort erhielten Kinder und Jugendliche mit ihren Eltern Tipps in Sachen Gesundheitsförderung und Suchtprävention. Unterstützt wurde die Aktion von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. Insgesamt tummelten sich den ganzen Tag über mehr als 300 Personen auf dem Sportplatz. Das war ein schöner Beitrag zur Förderung des Breiten- und Nachwuchssports. Zudem gelang es ganz nebenbei, die SPD abseits von Wahlen und Parteitagen ins Bewusstsein vor Ort zu rücken. Die Einsatzbereitschaft und Tatkraft der vielen Helfer genauso wie die Unterstützung der Eltern haben ein Zeichen gesetzt für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, der über den Tag hinausreichen wird.

Ringo Ulrich

## Auch sie hätten einen Preis verdient

In seiner Ausgabe 03/2013 berichtete WISA über die Preisträger des Adam-Wolfram-Preises der SPD. Dabei hatte die Historische Kommission die Qual der Wahl, musste sie doch zwischen vielen interessanten Projekten wählen. Auch sie hätten einen Preis verdient gehabt.

Der Stadtverband Halle beantragte den Preis für die „Wiederbelebung des Andenkens an den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Franz Peters und Wiederherrichtung seiner Grabstätte“. Franz Peters (1888-1933) gehörte zu den 94 SPD-Reichstagsabgeordneten, die am 23. März 1933 als einzige gegen das Ermächtigungsgesetz der Nationalsozialisten stimmten. Erinnerungen wie an ihn könnten gewiss auch an anderen Orten unseres Landes wiederbelebt werden und sind beispielgebend. Der OV Wernigerode beantragte den Preis für Ralf Mattern, der allein Buch über die Geschichte der Wernigeröder Sozialdemokratie mit dem Titel „Die schwarze Grafenschaft ist rot“ – 632 Seiten stark. Dieses umfangreiche Werk soll weiter vervollständigt werden und umfasst beinahe die ganze Geschichte unserer Partei von Anfang an, gewinnt also noch mehr an Bedeutung, wenn wir im kommenden Jahr ihr 150jähriges Jubiläum feiern.



Der Stadtverband Dessau-Roßlau beantragte den Preis für Joachim Volger. Er hat die Hauptarbeit an der Chronik „Von der SDP zur SPD – Die Gründungsgeschichte der SPD in Dessau“ geleistet. Sie wurde bei der Feierstunde zum

20jährigen Bestehen des Stadtverbandes vorgestellt und an das Stadtarchiv übergeben. Eine gekürzte Fassung erschien im Heft 5/2 der „Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt“.

Der OV Köthen bewarb sich mit dem Projekt „20 Jahre SPD Köthen-Digital“ um den Preis. Eine Arbeitsgruppe um Dieter Beneke hatte mit viel Mühe alle erreichbaren Materialien und Bilder der vergangenen 20 Jahre im Ortsverein und darüber hinaus gesammelt, sortiert und eingescannt. Nun gibt es zwei CDs mit dem gesamten Inhalt. Nichts geht mehr verloren und jeder kann davon Gebrauch machen.

Die Projekte zeugen nicht nur von der reichen Tradition unserer Partei, sondern auch vom Engagement, die Erinnerung daran aufrechtzuerhalten. Weiter so!